



Aus dem Inhalt:

- 0 Gedanken Corona-Krise
- 0 Karenz Bürgermeister
- 0 1. Mai
- 0 Schutzschirm Gemeinden
- 0 Härtefonds

NACHRICHTEN

Informationsblatt der Steirischen KPÖ Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 19A041806 E, Aufgabe PA: 8720

Die Corona Krise braucht soziale Antworten

Das Leben im Murtal hat sich, wie auf der ganzen Welt, dramatisch geändert: Einschränkungen der persönlichen Freiheit, ein Niederrufen der Wirtschaft und ein Stillstand im gesellschaftlichen und kulturellen Leben wie wir es uns vor der Corona-Krise nicht hätten vorstellen können. Viele sind betroffen, die längerfristigen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind noch gar nicht abschätzbar. Wir haben KPÖ-Stadträtin Renate Pacher interviewt.

Die Corona-Krise hat einige europäische Länder härter getroffen als andere, warum?

In Italien oder Spanien wurden in den letzten Jahren radikale Kürzungen im Gesundheitssystem vorgenommen. Das geschah vor allem auf Druck der EU. In Österreich ist der Abbau im Gesundheitssystem zum Glück noch nicht so drastisch. Doch auch bei uns wurde vieles verschlechtert. Im Bezirk Murtal gab es 2009 noch 512 Spitalsbetten, die wurden auf aktuell 450 reduziert. Nach den Plänen der ÖVP/SPÖ Landesregierung soll die Bettenzahl bis 2025 auf 433 sinken. Die Zahl der Intensivbetten ist von 21 auf 18 gesunken, 2025 soll es nur noch 17 sein.



Was sollte man aus dieser Krise lernen?

Wir als KPÖ fordern seit Jahren den Kahlschlag im Gesundheitssystem zu stoppen. Das Gesundheitssystem braucht strategische Reserven, die auch auf einen Krisenfall ausgelegt sind.



Das kann nur sichergestellt werden, wenn man ins Gesundheitssystem investiert, **also Aus- statt Abbau**. Ich hoffe die Pläne für Bettenreduzierungen und Spitalsschließungen verschwinden für immer im Papierkorb, einen entsprechenden Antrag hat die KPÖ bereits im Landtag einbracht.

Wo braucht es noch Verbesserungen?

Die Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich müssen sich deutlich verbessern. Die Beschäftigten leisten einen unglaublich wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Lobesworte und Beifallklatschen sind zu wenig. Das muss finanziell und mit guten Arbeitsbedingungen gewürdigt werden.

Welche Rolle spielt die EU?

In den vergangenen Jahren hat die EU – auch von Österreich – eine massive Senkung der Gesundheitsausgaben gefordert. Wie schon in der Finanzkrise zeigt sich auch in der Corona-Krise: Die EU ist keine Solidargemeinschaft. Ihr Zweck ist es die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Konzerne und Banken möglichst hohe Gewinne machen können. Während die EU auf Tauchstation war schickten China oder Kuba medizinisches Personal und Material in besonders betroffene Gebiete.

Stichwort medizinische Produkte. Vieles ist derzeit auf dem Markt schwer oder teuer zu bekommen.

Auch hier zeigt sich der Wahnsinn des globalisierten Kapitalismus. Um die Gewinne zu maximieren haben Konzerne viele Produktionen nach Übersee verlagert. Besonders bei Medikamenten und medizinischen Produkten ist diese Abhängigkeit fahrlässig. In Zukunft muss dafür gesorgt werden, dass Produktion wieder regional stattfindet. Was regional produziert werden kann, soll regional produziert werden. Insbesondere im Bereich der Grundversorgung müssen der Staat und auch die Gemeinden wieder an Einfluss gewinnen. Gerade in diesen Bereichen hat Gewinnstreben nichts verloren. Vielleicht wäre das auch eine Chance. Unsere Region könnte sich z.B. um die Produktion von medizinischen Gütern bewerben.

Fortsetzung ↻**Viele Menschen sind von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen, klein- und mittelständische Unternehmen bangen um ihre Existenz.**

Schon vor der Krise war es für viele Menschen schwierig mit ihrem Einkommen auszukommen. Nun haben laut Umfragen 43 Prozent der Haushalte weniger Einkommen als vor der Corona-Krise. Es braucht eine Vielzahl an Maßnahmen. In Österreich ist das Arbeitslosengeld extrem niedrig. Wir fordern eine deutliche Anhebung, so würde auch die Massenkauflkraft weniger wegbrechen. Auch die Einrichtung von Härtefonds, aus denen Menschen in Notlagen geholfen wird, wäre wichtig.

**Die Regierung hat Milliarden an Unterstützungsgeldern zugesagt?**

Ja, aber es ist wichtig dass rasch geholfen wird und dass die Gelder auch dort ankommen wo sie wirklich gebraucht werden. Es darf nicht sein, dass Großbetriebe viele Millionen bekommen und Kleinunternehmen mit Kleinstbeträgen abgespeist werden. Bei Förderungen müsste auch die Ertragslage der vergangenen Jahre einbezogen werden. So gehört z.B. die AUA der privaten Lufthansa, die im Jahr 2017 drei Milliarden Euro, 2018 2,8 und im Vorjahr 1,2 Milliarden Euro Gewinn gemacht hat. Wenn die öffentliche Hand höhere Fördungen vergibt muss sie dafür auch Firmenanteile bekommen.

Was können die Gemeinden derzeit tun?

Wir haben in den Gemeinden einige Forderungen und Anfragen eingebracht. Einige davon, wie ein Entgegenkommen bei Zahlungsschwierigkeiten oder das Aussetzen von Kindergarten- und Musikschulgebühren, wurden auch von den anderen Parteien unterstützt. Auch die Einrichtung von Härtefonds in den Gemeinden ist wichtig. Das haben wir in Knittelfeld angeregt.



Die Einrichtung von Krisenwohnungen für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen ist uns schon lange ein Anliegen. So etwas gibt es in der ganzen westlichen Obersteiermark nicht. Bis

jetzt stießen wir damit leider auf taube Ohren. Wir hoffen dass die Wichtigkeit zumindest jetzt erkannt wird.

Den Gemeinden entgehen wesentliche Einnahmen aus Kommunalsteuern, Ertragsanteilen.

Die Gemeinden sind schon seit Jahren unterfinanziert. Das kritisieren wir schon lange. Es braucht auch für die Gemeinden ein Hilfspaket, das den Gemeinden ermöglicht ihre Kosten zu tragen und in den Ausbau ihrer Infrastruktur zu investieren. Kommunale Investitionsprogramme würden viele regionale Arbeitsplätze schaffen.

Gibt es Profiteure dieser Krise?

Natürlich, z.B. Internetgiganten wie Amazon, die dazu kaum Steuern bezahlen, die Hersteller medizinischer Schutzausrüstungen oder Spekulanten, die auf fallende Kurse wetten. Ein Teil der vielen Rettungsmilliarden wird am Kapitalmarkt aufgenommen werden, das bringt einiges an Zinsgewinnen. Es ist zu befürchten, dass viele Klein- und Mittelbetriebe die Krise nicht überleben. Wer übrig bleibt hat weniger Konkurrenz und dann noch mehr Marktmacht und Gewinn. Ich befürchte auch, dass die Krise als Vorwand genommen wird um Arbeitsrechte oder Beschränkungen auszuheben. Die Handelskonzerne fordern z.B. schon jetzt die Sonntagsöffnung.

Nach dieser Krise wird sich die Frage stellen wer für die Folgen bezahlt.

Die Kosten der Krise müssen vor allem jene zahlen die viel Geld haben. Eine Reichensteuer und eine Erbschaftssteuer ist das Gebot der Stunde. Jene Konzerne, Banken und Spekulanten, die an der Krise sogar verdienen, müssen einen besonders hohen Beitrag zahlen.

**Was würdest du dir wünschen?**

Natürlich dass möglichst viele gesund bleiben und die Kosten der Krise nicht auf die arbeitenden Menschen abgewälzt werden. Aber auch dass der globalisierte und ausbeuterische Kapitalismus in Frage gestellt wird, die gigantischen Rüstungsausgaben hinterfragt werden, Umwelt- und Klimaschutz mehr Gewicht erhalten und die Solidarität mit den Menschen im eigenen und in fremden Ländern zunimmt. Dann wäre diese Krise auch eine Chance.

Zum Abschluss: Wie hast du die letzten Wochen verbracht?

Das Leben ist ruhiger geworden, aber ich habe das Gefühl es ist die „Ruhe vor dem Sturm“. In den ersten Wochen habe ich Einkäufe für Menschen die zur Risikogruppe gehören erledigt. Dann hat ein Bruch meiner Kniescheibe für noch mehr Ruhe gesorgt.

Starke Einnahmeverluste zu erwarten: Wir brauchen einen Schutzschirm für die Gemeinden!

Die Ertragsanteile (Anteil der Gemeinden an den Steuereinnahmen des Bundes) und die Kommunalabgabe (eine Steuer die Betriebe an die Gemeinde entrichten) sind die wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinden. Durch die Corona-Krise sind hier gewaltige Einnahmeverluste zu erwarten.



Die Einnahmen aus Steuern, wie der Lohnsteuer, der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer gehen gewaltig zurück. Dadurch bekommen die Gemeinden weniger Ertragsanteile. Durch Kündigungen und Kurzarbeit fließt weniger Kommunalabgabe. Für die Gemeinde Knittelfeld wird nach bisherigen Schätzungen mit einem Einnahmerückgang von zwei bis drei Millionen Euro gerechnet.

Diese Einnahmeverluste müssen durch Ausgleichszahlungen des Bundes aufgefangen werden. Die Gemeinden müssen ihren Leistungen aufrecht erhalten und weiter in ihre Infrastruktur investieren können. Fehlt den Gemeinden das nötige Geld, trifft das nicht nur die BürgerInnen, sondern auch die Wirtschaft. ➔

.....

Gemeinderatswahl am 5. Juli?

Die für 22. März geplanten Gemeinderatswahlen wurden aufgrund der Corona-Krise verschoben. Wann die Wahlen stattfinden ist noch offen, aber der 5. Juli wird als mögliches Datum gehandelt.

Viele BürgermeisterInnen von SPÖ und ÖVP sprechen sich für diesen Termin aus. Dieses Datum ist durchaus realistisch, denn die Gemeindefinanzen werden auf Grund der Corona-Krise einen gewaltigen Einbruch erfahren. Deshalb haben wohl viele BürgermeisterInnen Interesse daran bald zu wählen, bevor Differenzen um die Finanzierung der Gemeinde und Kürzungen bei Projekten und Sozialleistungen spürbar werden.

.....

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:
KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10,
8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich:
Renate Pacher.

Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 944, 8720 Knittelfeld

➔ **Gibt** es keinen Ausgleich der fehlenden Gemeindecinnahmen durch den Bund, drohen Kürzungen bei den Gemeindeleistungen und Gebührenerhöhungen. Viele Menschen haben durch die Corona-Krise ohnehin weniger Einkommen und können keine zusätzlichen Belastungen verkraften.

Genauso wie für die Wirtschaft braucht es auch für die Gemeinden einen Schutzschirm. Sonst gelangen die Gemeinden unter Druck Gemeindeigentum zu verkaufen, der Privatisierungswahn würde weitergehen. Die PolitikerInnen aller Parteien sind aufgerufen sich für Ausgleichszahlungen an die Gemeinden einzusetzen.

Ab 1. April: Bürgermeister von Gemeinde- anstellung karenziert

Altbürgermeister Gerald Schmid hat neben seiner Funktion als Bürgermeister auch eine 100-Prozent-anstellung auf der Gemeinde innegehabt. Das haben wir kritisiert und die Bevölkerung informiert. Uns geht es aber um die Sache, und nicht um Personen. Deshalb haben wir bei der Angelobung von Bürgermeister Harald Bergmann erklärt, wir erwarten uns, dass er mit dem Bürgermeisteramt seine Anstellung auf der Gemeinde zurücklegt. Das ist mit 1. April geschehen.

Bürgermeister einer so großen Gemeinde wie Knittelfeld zu sein ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Eine 40-Stunden Zweitstellung ist unserer Meinung nach nicht damit vereinbar. Nun hat Bürgermeister Bergmann sich ab 1. April von seiner Anstellung als Leiter des Wasserwerkes karenzieren lassen.

Mit der Karenzierung tritt nun ab 1. April für den Bürgermeister jene Gesetzesregelung in Kraft, wonach BürgermeisterInnen die keiner Nebentätigkeit nachgehen Anspruch auf eine 25-prozentige Erhöhung ihres Bezugs haben.

Bisheriger Bürgermeisterbezug:

6.819 Euro
monatlich brutto, 14 x im Jahr

Bürgermeisterbezug plus 25%:

8.524 Euro
monatlich brutto, 14 x im Jahr

Es ist keine Frage, dass Bürgermeister Bergmann diese Anhebung rechtlich zusteht. Auch wenn das von ÖVP und SPÖ beschlossene Landesgesetz diese Anhebung vorsieht, finden wir die Bezüge der GemeindepolitikerInnen zu hoch.

Härtefonds für KnittelfelderInnen

Der Gemeinderat hat unter dem Eindruck der Corona-Krise verschiedene Erleichterungen, wie das Aussetzen der Kindergarten- und Musikschulgebühren, das Aussetzen von Mieten in Geschäften der Gemeinde, oder das Aussetzen der Gebühren der Kurzparkzone in der Innenstadt beschlossen.

Wir haben im Stadtrat die Errichtung eines Härtefonds für KnittelfelderInnen, die arbeitslos oder in Kurzarbeit sind, angeregt. Damit soll schnell und unbürokratisch geholfen werden. In der Gemeinde Spielberg gibt es einen solchen Fonds bereits.

Wir haben auch vorgeschlagen jene 50.000 Euro, die für das Bürgerbeteiligungsprojekt vorgesehen waren dafür heranzuziehen. Die dort vorgeschlagenen Projekte sind unter den jetzigen Bedingungen nicht vorrangig. Dieser Vorschlag wurde von den anderen Fraktionen positiv aufgenommen.

In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir nachgefragt wie es mit der Umsetzung steht. Der Bürgermeister antwortete es werde noch über die Richtlinien nachgedacht. Wir hoffen auf eine baldige Umsetzung.

Unser Büro ist wieder offen

Auf Grund der Corona-Ausgangsbeschränkungen mussten wir unser Büro in Knittelfeld schließen. Für Menschen, die Unterstützung gebraucht haben, waren wir aber telefonisch erreichbar. Nun ist unser Büro wieder geöffnet. Auch unsere nächste Sozialsprechstunde ist bereits terminisiert.



Sprechstunde mit Sozialberatung

Dienstag, 19. Mai
 KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
 Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
 Voranmeldung: 03512/ 82240

Eurofighterflüge einsparen!

Die Wirtschaft, die Sozialkontakte und das kulturelle Leben sind in den letzten Wochen heruntergefahren worden. Nur die Eurofighter sind nach wie vor über das Murtal gedonnert. Uns droht eine enorme Staatsverschuldung. Es ist unverständlich

dass in Zeiten wie diesen die Eurofighterflüge nicht eingespart wurden.

P.S.: Eine Eurofighterflugstunde kostet zwischen 70.000 und 80.000 Euro. Ein Eurofighter erzeugt pro Flugstunde rund 11.000 kg CO₂.

Hoch der 1. Mai

Heuer gab es wegen der Ausgangsbeschränkungen zum ersten Mal keine Mai-Demonstration der KPÖ in Graz. Die Auswirkungen der Krise lassen befürchten, dass es bald nötig sein wird, dass die arbeitenden Menschen für ihre Rechte kämpfen. Wir haben durch Flugzettel an den 1. Mai erinnert.



Gewinnspiel, Gratisparken

Die Gemeinde hat zusammen mit dem Tourismusverband und der Verein „Einkaufsstadt Knittelfeld, ein Paket zur Unterstützung der Knittelfelder Wirtschaft geschnürt.

Ein Gewinnspiel und 1,5 Stunden Gratisparken in der Innenstadt sollen dazu beitragen den Einkauf in unserer Stadtgemeinde zu unterstützen. Regional einzukaufen ist wichtig um unsere Geschäfte nach der Corona-Krise zu unterstützen.

In den vergangenen Jahren wurden immer mehr Einkaufsmöglichkeiten am Stadtrand zugelassen. Die Schwierigkeiten, die dadurch für die Innenstadt entstanden sind, werden das Gratisparken und die neue Parkuhr nur sehr bedingt lösen.

Formel 1 in Spielberg: Zweierlei Maß

In den letzten Wochen wurde uns eindringlich nahegebracht, dass wir unsere sozialen Kontakte massiv einschränken und Abstand halten müssen um Leben zu retten. Massive Einschränkungen gehören zu unserem Alltag. So dürfen z.B. in Restaurants künftig nur vier Personen an einem Tisch sitzen, beim Kirchenbesuch sind zwei Meter Abstand zu halten.

Nun soll möglicherweise die Formel 1 in Spielberg starten. Das bedeutet, dass hunderte, vielleicht auch tausende von Menschen aus vielen verschiedenen Ländern nach Spielberg kommen. Plötzlich wird alles getan um das möglich zu machen, obwohl niemand eine gesundheitliche Gefährdung unserer Bevölkerung wirklich ausschließen kann. Wirtschaftliche Interessen stehen also nach wie vor an erster Stelle.